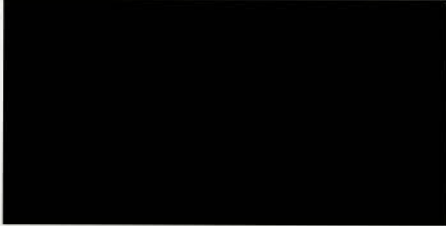




POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin



HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin


BEARBEITET VON -----
REFERAT -----
TEL (0 30) 18 580-0
FAX (0 30) 18 580-9525
E-MAIL poststelle@bmj.bund.de
AKTENZEICHEN Z A 4 - 1451/6 II - Z 3 659/2013
DATUM Berlin, 25. Oktober 2013

Betreff: Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

hier: Verträge zur Dokumentation juristischer Texte

Bezug: 1. Ihr Antrag vom 29. Juli 2013 über www.fragdenstaat.de
2. Meine Zwischennachricht vom 27. August 2013

Anlg.: - 3 -

Sehr geehrte(r) 

mit Schreiben vom 27. August 2013 teilte ich Ihnen zu Ihrem Antrag gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vom 29. Juli 2013 mit, dass ich die juris GmbH als betroffene Dritte um Stellungnahme bezüglich der von Ihnen gewünschten Herausgabe des Bundesvertrages bitten werde.

Die Stellungnahme der juris GmbH liegt mir inzwischen vor. Im Ergebnis gebe ich Ihrem IFG-Antrag vom 29. Juli 2013 in diesem Punkt statt und übersende Ihnen anliegend den Bundesvertrag, der aus drei Dokumenten besteht. Die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse wurden in den Dokumenten geschwärzt.

Kosten für diese Auskunft werden nicht erhoben, da es sich gemäß § 10 Abs. 1 IFG in Verbindung mit Ziffer 1.1 des Teils A der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Gebüh-

SEITE 2 VON 2 ren und Auslagen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Informationsgebührenverordnung - IFGGebV) noch um eine einfache Auskunft handelt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Siebels)